

Der Held der Talkshows erhält Schrammen

Schlüsselfigur in „Gehälter-Affäre“ bezieht selbst Spitzeneinkommen / Von PETER SCHMALZ

Berlin - Nachdem der ehemalige Magdeburger Ministerpräsident Werner Münch und der frühere Minister Werner Schreiber (beide CDU) am Donnerstag vom Beitragsvorwurf freigesprochen wurden, richtet sich der Blick auf den Landesrechnungshof. Die Behörde hatte die „Gehälter-Affäre“ ins Rollen gebracht. Ihr Präsident Horst Schröder rügte, schon zu Beginn der Kampagne eifrig unterstützt vom „Spiegel“, die West-Gehälter der beiden Regierungsmitglieder. In der Öffentlichkeit entstand dadurch der Eindruck, die Minister hätten sich zum West-Gehalt, das etwa auch Kajo Schommer in Dresden oder Hans Otto Bräutigam in Potsdam bezogen, zusätzliche Einkünfte verschafft. Der „Raffke“-Vorwurf war geboten, Schröder wurde in Talkshows gefeiert als Held, der auf geldgierige Finger geschlagen und Steuergelder gespart hatte. „Ich habe meine Pflicht getan und konnte nicht anders handeln“, rechtfertigte sich der Rechnungsprüfer.

Doch der vermeintliche Sparkommissar ist weniger zurückhaltend, wenn es um die eigenen Finanzen geht. Mit Amts- und Ruhestandsbezügen, die ausschließlich aus Steuergeldern finanziert werden, kassiert er monatlich mehr als 30 000 Mark - unter den Beamten

in den neuen Ländern ein Spitzen-einkommen. Als Präsident des Rechnungshofs bezieht er ein Staatssekretärgehalt von über 15 000 Mark nach der Besoldungsstufe B 9. Dazu kommen 13 416,45 Mark aus einer - wie Schröder sagt - „ganz normalen vertraglichen

Regelung bei meinem Ausscheiden aus meinem früheren Unternehmen“. Das klingt nach Privatwirtschaft, ist in Wahrheit aber ein außergewöhnlich generöser „goldener Handschlag“.

Schröder war sechs Jahre Geschäftsführer der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern, eine Firma in Köln, die zu 100 Prozent vom Bund finanziert wird und die durch

Verschwendungsvorwürfe ins Visier des Bundesrechnungshofes geraten ist. Schröder wird ein Millionen-Flop in der Türkei nachgesagt. Er bekam den Spitznamen „Mr. Istanbul“. 1989 wurde sein Vertrag nicht verlängert, das Ausscheiden aber mit einem lebenslangen Ruhe-

geld versüßt, das auf andere Bezüge nicht angerechnet werden darf und das allein bis zum 65. Lebensjahr 2,3 Millionen Mark wert ist. Als Pensionär wird der CDU-Mann dann noch monatlich 5701,30 Mark Abgeordnetepension für zwölf Bundestagsjahre erhalten.

Ungewöhnlich wie seine Bezüge war auch seine Anstellung als Rechnungshofpräsident. Nach dem sachsen-anhaltinischen Landesrechnungshofgesetz vom 7. März 1991 soll mindestens die Hälfte der Mitglieder des Prüfungsamtes „die Befähigung zum Richteramt, zum höheren oder höheren technischen Dienstes besitzen“. Der Präsident besaß keine dieser Vorausset-

zungen. Als er 1991 noch von der Regierung Gies eingestellt wurde, mußte im Kabinett eine lange Liste von Ausnahmeregelungen gebilligt werden. Für die erstmalige Berufung ins Beamtenverhältnis mußte für den damals 53jährigen § 38, Absatz 3 („Nicht älter als 50 Jah-



Brachte den Stein ins Rollen: Rechnungshofpräsident Schröder

ré) aufgehoben werden. Die Probezeit (§ 8: „Höherer Dienst drei Jahre“) wurde auf ein Jahr verkürzt, die Anstellung während der Probezeit (§ 10: „... nach erfolgreichem Abschluß der Probezeit angestellt...“) ebenso ermöglicht wie das Überspringen von Ämtern und die Beförderung während der Probezeit (§ 12, Absatz 4: „Eine Beförderung ist nicht zulässig während der Probezeit“).

Einmal im Amt, zeigte sich Schröder sogleich streng und ließ sogar zwei Stühle aus einem Amtszimmer holen, weil die Ausstattungskosten den Kostenrahmen um 500 Mark überschritten hatten. „Der Mann leidet an einem übersteigerten Selbstbewußtsein“, urteilt ein früheres Kabinettsmitglied. Als der Neubau einer Bank eröffnet wurde, ging er zum Rednerpult und begrüßte die staunenden Anwesenden „im Namen der Landesregierung“. Und vom Ministerpräsidenten, der inzwischen Münch hieß, forderte er, zu allen Kabinettsitzungen eingeladen zu werden. Münch lehnte ab und saß drei Jahre lang auf der „Anklagebank“. Doch nach dem Freispruch für den sogar der Staatsanwalt plädierte, muß sich Schröder frägen lassen, ob er in der „Gehälter-Affäre“ mit der nötigen Zurückhaltung vorgegangen ist.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ende einer Affäre

Von PETER SCHMALZ

Eine Affäre ist beerdigt. Ein Skandal, der zum Rücktritt einer Landesregierung geführt und das Ansehen aller Politiker schwer in Mitleidenschaft gezogen hatte. Die Gehälter-Affäre von Magdeburg war garniert mit Schmähvokabeln wie „Raffke“ und „Absahner“. Vom „Spiegel“ angeführt, fiel die öffentliche Meinung nahezu geschlossen über Sachsen-Anhalts damaligen CDU-Ministerpräsidenten Werner Münch und vier seiner ebenfalls aus dem Westen stammenden Minister her: Unrechtmäßig sollten sie Westgehalt bezogen und dem Land schweren Schaden zugefügt haben. Unwidersprochen entstand gar der Eindruck, sie hätten sich zu ihrem normalen Gehalt sechsstelligen Summen zugeschanzt und ihre Tätigkeit im Osten zum großen Reibach mißbraucht. Den seriösen Anstrich für die Vorwürfe lieferte der Präsident des Landesrechnungshofs, der sich in Talkshows als Entdecker des Skandals feiern ließ.

Und nun war nichts: Die Gehälter waren Rechtens, stellt das Magdeburger Oberverwaltungsgericht in letzter Instanz fest, ein Strafprozeß hatte Münch schon vor Monaten vom Vorwurf der Untreue und des Betrugs freigesprochen. Bleibt die Frage, wie soviel Rauch ganz ohne Feuer entstehen konnte. Die Antwort ist simpel: Außer den Betroffenen hatte keiner Interesse an einer schnellen, fairen Klärung. Der damalige CDU-Fraktionschef Bergner nicht, denn er konnte den gestürzten Münch als Ministerpräsidenten beerben. Der SPD-Oppositionsführer Höppner nicht, denn auch ihm ebnete die Affäre den Weg ins Regierungsamt. Die Westminister in den anderen Ostkabinetten, die alle Westgehalt bezogen, schwiegen mannhaft. Sachsen-Anhalts Justiz setzte sich sogar dem Verdacht aus, das Verfahren bewußt und auf politischen Druck hin zu verzögern.

Seine Ehre mag wiederhergestellt sein, aber die politische Existenz des Werner Münch ist vernichtet. Der einzige materielle Schaden, der aber dem Land entstanden ist, sind hohe Gerichtskosten. Doch ehe nun Gras über den Un-Skandal wächst, ist zu prüfen, ob dahinter womöglich ein anderer Skandal schlummert: im Landesrechnungshof, wo bisher der Held vermutet wurde.

Volksstimme Magdeburg 05.12.1997

Schlußwort

Von Franz Kadell

Münch, Schreiber, Rehberger und Perschau sind rehabilitiert. Daß sie politische Fehler gemacht haben, wissen sie selbst am besten, und daß sie dafür gestraft genug sind, spüren sie selbst am meisten: Verlust von Amt und Ansehen, das berüchtigte Raffke-Wort traf auch ihre Familien.

Der Mann, der jetzt noch einsamer werden dürfte, ist Rechnungshofpräsident Horst Schröder, der die „Gehälter-Affäre“ ins Rollen gebracht hatte. Die eigene CDU mag ihn nicht, die andere Seite auch nicht. Denn wo die Butter ist, weiß er besonders gut. Als er 1989 aus der vom Bund getragenen Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern ausschied – nicht nur „böse Zungen“ behaupten, man wollte ihn loswerden, weil er ein Millionen-Ding in der Türkei in den Sand gesetzt hatte – ließ er sich einen vergoldeten Vertrag schneiden: Lebenslanges Ruhegeld von 13 416,45 Mark, das auf andere Bezüge nicht angerechnet werden darf. Aber Ruhe wollte er nicht, sondern nach Sachsen-Anhalt zur Regierung Gies. Weil er die Voraussetzungen für die Übernahme ins Beamtenverhältnis und Blitzbeförderung nicht erfüllte – eine delikate Parallele zu seinem Kampf gegen Verkehrsminister Heyer im „Fall Bayar“ – wurden für ihn Ausnahmeregelungen en bloc getroffen. Jetzt bezieht Schröder B 9 (über 15 000 Mark) plus obiges Ruhegeld. Und geht er in Pension, wird er nicht darben: Ihm stehen aus zwölf Jahren Bundestag (1972 bis 1984) pro Monat 5 701,30 Mark zu. Nur darum geht es hier: Jeder Pfennig ist ein Steuerpfennig.

Als der „Spiegel“ Anfang 1995 mit dem Titel „Milliarden-Grab Ost“ West gegen Ost aufbrachte, war Schröder als „Informant“ dabei. Dabei kann er sonst so gut rechnen, vor allem, wenn es um die eigene Tasche geht. Das Schlußwort zur „Münch-Affäre“ heißt „Ironie des Schicksals: Der Bock als Gärtner“.